

„Alles auf eine Karte“

Albaner-Führer Ibrahim Rugova über Massaker der Serben, die Erwartungen an die Nato und die politische Zukunft des Kosovo

SPIEGEL: Trotz der Nato-Bombardements ist Jugoslawiens Präsident Slobodan Milošević im Kosovo bislang zu einem entscheidenden Einlenken nicht bereit. Haben Sie mit dieser Entwicklung gerechnet?

Rugova: Ich habe dies befürchtet, denn ich kenne die Militärdoktrin Belgrads. Schließlich habe ich selbst in der jugoslawischen Armee gedient. Deren Devise lautet: Beim ersten Angriff den Kopf einziehen, dann die Streitkräfte konsolidieren und zurückschlagen. Jetzt beginnt der Guerrillakrieg der Armee. Vorrangiges Ziel ist die Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo.

SPIEGEL: Innerhalb der westlichen Allianz wird Kritik laut, die Nato habe sich durch eine gravierende Fehleinschätzung der Situation in eine fast aussichtslose Lage manövriert.

Rugova: Möglicherweise wurde Miloševićs bisherige Bereitschaft, kurz vor der roten Linie einzulenken, überschätzt. Belgrad will sich nach dem Desaster in Kroatien und Bosnien vor der eigenen Bevölkerung erneut auf dem Kriegsfeld beweisen. Um politisch zu überleben, wird Milošević jede Destabilisierung der Region in Kauf nehmen. Es geht um die serbische Dominanz auf dem Balkan.

SPIEGEL: Wie sehr kann Belgrad in diesem Konflikt auf Moskaus Beistand bauen?

Rugova: Ich glaube, daß Rußland die Entwicklung auf dem Balkan sehr negativ beeinflußt hat, und zwar militärisch zumindest indirekt durch Waffenlieferungen. Extremen Strömungen in Rußland käme eine Destabilisierung der Nato sehr gelegen, insbesondere zum 50jährigen Jubiläum.

SPIEGEL: Jetzt fliehen Zehntausende von Albanern in die Nachbarländer. Kann die Fortsetzung der Luftangriffe einen Genozid verhindern?

Rugova: Belgrad hofft auf Zeitgewinn. Setzt die Nato nicht sofort Bodentruppen ein, solange hier noch eine albanische Bevölkerung lebt, wird im Kosovo ein unkontrollierbares Chaos ausbrechen. Grauenhafte Massaker und ethnische Säuberungen haben bereits begonnen. Die Nato

muß jetzt alles auf eine Karte setzen und notfalls mit einer totalen Zerstörung Serbiens drohen.

SPIEGEL: Aber das Gros der westlichen Länder will Bodentruppen nur im Arrangement mit Belgrad ins Kosovo schicken.

Rugova: Natürlich hofft Milošević auf die Uneinigkeit im Westen. Aber wir haben jetzt eine völlig andere Situation als nach den Verhandlungen von Rambouillet oder zuletzt in Paris. Die Serben haben nicht, wie erwartet, nach den ersten Luftangriffen eingelenkt. Die Nato wird hoffentlich nicht erlauben, daß Verrückte

SPIEGEL: Wäre die albanische Delegation trotz aller Greueltaten der anrückenden Serben bereit, noch einmal an den Verhandlungstisch zurückzukehren und weitere Konzessionen an Serbien zu machen?

Rugova: Das wäre eine sehr, sehr schwierige Entscheidung. Da müßten wir uns mit Washington und der EU abstimmen.

SPIEGEL: Die UÇK hätte dabei wohl auch noch ein Wort mitzureden.

Rugova: Wir müssen rational bleiben. Ich weiß: Innerhalb der UÇK gibt es Leute, die in einer Fortsetzung der Kämpfe größere Vorteile als in einer Friedensver-

einbarung sehen. Viele dieser lokalen Patrioten haben Haus und Familie verloren und wollen mit ihrem Widerstand im Eiltempo alles erreichen. Doch sie sind isoliert und verstreut, operieren in kleinen Gruppen ohne nähere Absprache. Aber im Kosovo hat ein Guerrillakrieg keine Chance. Danach gibt es nämlich keine albanische Bevölkerung mehr. Das weiß auch das Gros der UÇK.

SPIEGEL: Sie standen niemals eindeutig hinter der UÇK. Aber hat diese mit ihrer radikalen Konfrontation gegenüber Belgrad nicht doch mehr erreicht als Sie mit Ihrem zehnjährigen Gandhi-Widerstand?

Rugova: Ja, allerdings auf recht tragische Weise. Als ich auf friedlichem Weg eine Lösung suchte, legte der Westen das Kosovo-Problem wider besseres Wissen ad acta. Man hatte uns zu Beginn der neunziger Jahre um Zurückhaltung gebeten und versprochen, später unsere Situation zu lösen. Danach wurden wir vergessen.

SPIEGEL: Haben Sie als politischer Kosovo-Führer überhaupt noch Einfluß auf die radikalen Kämpfer?

Rugova: Die meisten unteren UÇK-Kader akzeptieren meine Entscheidungen. Aber zugegeben: An der Spitze gibt es gemischte Strukturen mit verschiedenen Ideologien und großen Koordinationsproblemen. Diese sind nur sehr schwer zur Zusammenarbeit zu überreden.

SPIEGEL: Und wie könnte die künftige Zusammenarbeit zwischen einer UÇK-



Politiker Rugova: „Bodentruppen gegen das Chaos“

die Welt regieren. Die Allianz muß schnellstens auf dem Luftweg zu den 12 000 bereits in Mazedonien stationierten Soldaten noch weitere 20 000 einfliegen und sofort im Kosovo den Kampf aufnehmen.

SPIEGEL: Doch mit welcher Strategie – Tausende Albaner sind von serbischen Panzern eingekreist. Gleichzeitig hat Milošević um wichtige Fabriken stationierte Freiwillige als lebende Schutzschilde postiert. Muß die Nato da nicht zufrieden sein, wenn Milošević erneute Verhandlungen anbietet?

Rugova: Das ist sicher sein Ziel, und weiß der Teufel, was er dann verlangen wird. Weder wir noch unsere Befreiungsarmee UÇK haben die Möglichkeit, diese albanischen Geiseln zu befreien.

Regierung und Ihnen funktionieren?

Rugova: Derzeit herrscht Krieg, da halte ich die Bildung einer Regierung für unnötigen Luxus.

SPIEGEL: Was dürfte sich denn grundsätzlich verändern während einer dreijährigen Übergangszeit im Kosovo?

Rugova: Es wird eine internationale Konferenz geben, die den Willen unseres Volkes zur Unabhängigkeit akzeptieren muß. Wir werden in dieser Zeit internationale Legitimität erreichen und das Territorium Kosovo kontrollieren. Dann wird sich Serbien gut überlegen, ob es ein weiteres Kriegsabenteuer riskiert, denn wir werden wirtschaftlich und militärisch stärker sein.

SPIEGEL: Wie denn militärisch?

Rugova: Wir brauchen keine Guerillaorganisation, sondern eine reguläre Armee. Und die werden wir bekommen. Die UÇK wird nicht aufgelöst, sondern für den Zeitraum von drei Jahren mit Nato-Unterstützung transformiert, teils in Polizeikräfte, teils in den zivilen Sicherheitsdienst.

SPIEGEL: Derzeit sieht es eher nach einer Eskalation des Krieges über die jugoslawische Grenze hinaus aus. Etwa nach Mazedonien. Dann stünde der Balkan in Flammen.

Rugova: Wir haben mit unseren albanischen Freunden in Mazedonien vereinbart, von allen Provokationen abzusehen, solange das Kosovo seine Chance auf Unabhängigkeit wahrt. Denn dann kontrollieren wir die Grenzen zu Mazedonien und können uns für die politischen Rechte der Albaner in Mazedonien, schätzungsweise 40 Prozent der Bevölkerung, stark machen. Wir werden dafür sorgen, daß die Albaner in Mazedonien nicht mehr als Minderheit behandelt werden. Doch Skopje braucht keine Angst vor unseren Flüchtlingen zu haben. Alle sollen in das Kosovo zurückkommen.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß der Westen angesichts der humanitären Katastrophe umschwenken und für die sofortige Unabhängigkeit des Kosovo eintreten könnte?

Rugova: Lenkt Milošević nicht ein, schließe ich dies nicht aus. Das internationale Recht gestattet solch eine Lösung. Wir Albaner im Kosovo sind auf dem Nullpunkt, ohne Schutz in unseren Häusern und Wohnungen. Uns bleibt nur noch das Prinzip Hoffnung.

INTERVIEW: RENATE FLOTTAU



Bombeneinschlag im Zentrum von Priština: „Leichenhaufen in den Straßen“

REUTERS

treibungsdruck so schnell nicht packen lassen. Vor allem bei Frankreich und Großbritannien stieß der Appell für ein gemeinsames Konzept zur Aufnahme der Flüchtlinge auf taube Ohren.

Obwohl die Hilfe vor Ort „absoluten Vorrang“ haben müsse, plädierte auch Bundesinnenminister Otto Schily in Brüssel für eine „konzertierte Aktion“. Er „schließe Maßnahmen zur Überführung“ von Flüchtlingen nach Europa nicht aus, sagte Schily, derzeit Ratspräsident der EU-Innenminister, und verlangte eine „gerechte Lastenteilung“.

Die für Asyl- und Flüchtlingsfragen zuständige schwedische EU-Kommissarin Anita Gradin setzte sich für eine freiwillige Vereinbarung und Aufnahmeverpflichtung ein. Doch ernsthafte Verhandlungen begannen, da standen die Flüchtlinge quasi schon vor der Tür, erst Mitte dieser Woche in Brüssel.

Nationale Handlungsbereitschaft in großem Stil zeigte die italienische Regierung. In Bari, Foggia und auch in Umbrien bereiteten sich die Behörden darauf vor, bis zu 20 000 Flüchtlinge in Camps aus Zelten, Wohnwagen und Containern unterzubringen. „Wir ziehen uns vor den Leiden des Krieges nicht zurück“, sagte Innenministerin Rosa Russo Jervolino. Parallel schickten die Italiener 5600 Zelte und 40 000 Schlafsäcke in die Notstandsgebiete.

Die Bundesregierung bewilligte 25 Millionen Mark für humanitäre Hilfsmaßnahmen und stellte weitere Gelder in Aussicht. Die ersten Transall-Maschinen für eine Versorgungsluftbrücke starteten am Dienstag und flogen tonnenweise Kleidung, Nahrungsmittel oder medizinisches Material in die Krisenregionen. Das Technische Hilfswerk begann vor Ort, Notunterkünfte

für 37 500 Flüchtlinge herzurichten. „Wir würden uns selbst eines schweren Versäumnisses schuldig machen“, so Verteidigungsminister Scharping, „wenn wir nicht bei den vertriebenen Menschen helfen“ – und zwar „in den Staaten, bei denen sie Zuflucht suchen mußten“.

Auch die deutschen Bundesländer suchten die „Regionalisierung der Migrantprobleme“ zu organisieren – was nichts anderes heißt, als Flüchtlinge solange wie möglich vor den deutschen Toren zu halten. „Wenn wir die Leute zu uns holen, dann hat der Milošević doch schon gewonnen“, sagt Baden-Württembergers CDU-Innenminister Thomas Schäuble.

An der Wirksamkeit dieser Kopf-in-den-Sand-Politik darf indes gezweifelt werden. Zwar stellte das Auswärtige Amt in einer internen Analyse erleichtert fest, daß es „z. Zt. keinerlei Indizien für eine Flüchtlingswelle nach Westeuropa“ gebe. Und Fischers Diplomaten notierten vertraulich, daß ein Uno-Aufruf, „Flüchtlingen ‚temporary protection‘ zu gewähren, bislang nicht erfolgt“ sei. Doch gelangen die Flüchtlinge erst mal nach Italien, dann, so hieß es im Bonner Innenministerium, sei es „nur eine Frage der Zeit, bis die ersten hier auftauchen“.

Trotz aller Anlaufschwierigkeiten bei den Hilfsaktionen warben Experten um Verständnis. „Zwei, drei Tage werden wir wohl noch Bilder sehen, die ziemlich chaotisch sind“, sagt der Bonner Sprecher des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, Stefan Telöken. Auch seine Organisation, die Unterkunft und Verpflegung für 350 000 Menschen bereitstellen will, habe sich anfangs schwer mit ihren humanitären Hilfen getan. „Bis zuletzt waren wir auf das Kosovo kon-